

4

Was wir tun können: Interventionspunkte und Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse unserer Analyse sind zunächst ernüchternd: Trotz massiver zivilgesellschaftlicher Mobilisierung, neuer Rahmengesetze, Förderprogramme und globaler Klimakonferenzen, sowie trotz klimaneutraler Konsumprodukte und Netto-Null-Ziele vieler Unternehmen erscheint das Erreichen der Klimaneutralität in Deutschland gegenwärtig wenig plausibel. Auch die Tendenz ist nicht ermutigend: Der Aufstieg rechtsautoritärer und anti-ökologischer Kräfte, sowie die stärkere Mobilisierung fossiler Lobbygruppen deuten für die nähere Zukunft eher auf das Risiko weiterer Rückschritte hin.

Allerdings lässt sich dieses Bild auch wenden – oder zumindest aus einer anderen Perspektive betrachten. Denn bemerkenswert ist, dass breite Teile der Gesellschaft trotz massiver Gegenkampagnen weiterhin an der Klimawende festhalten. Tausende Menschen engagieren sich auf lokaler Ebene, in Verwaltungen, Unternehmen, Wissenschaft und Politik. Dieses anhaltende Engagement ist – angesichts der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Widerstände – ein Befund von erheblicher gesellschaftlicher Resilienz.

Aus dieser Perspektive ergeben sich auch Chancen und Hebel, um die aktuelle Entwicklung umzukehren. Diese sehen wir kurzfristig insbesondere in der anhaltenden Dynamik bei Klimaklagen und im kommunalen Klimaschutz, sowie in der stärkeren Verbindung von Klimapolitik mit anderen politischen Anliegen. In den letzten Jahren wurden rechtliche Hebel und administrative Kapazitäten – etwa im kommunalen Klimamanagement – aufgebaut, die jetzt genutzt werden können, um die Klimawende zu stärken. Zudem wird Klimaschutz zunehmend mit Themen wie Energiesicherheit, Industriepolitik, sozialer Gerechtigkeit oder lokaler Wertschöpfung verknüpft – und damit widerstandsfähiger gegenüber politischen Rückschritten.

Zudem beobachten wir eine zunehmende **Verdichtung von Wechselwirkungen** zwischen den von uns identifizierten Schlüsselprozessen: Gesetzliche Berichtspflichten schaffen Transparenz über Unternehmens- und Investitionsemissionen, die wiederum gerichtliche Verfahren, Nachhaltigkeitsprüfungen und politische Entscheidungen befördern. Globale Klimakonferenzen erzeugen Resonanzräume für unternehmerische Initiativen

und zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Solche Rückkopplungen könnten künftig gezielter genutzt werden, um gesellschaftliche Trägerschaften für die Klimawende zu stärken.

Im Folgenden leiten wir aus den Treiberanalysen Handlungsempfehlungen ab, die entlang der drei zentralen Handlungsfelder – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – strukturiert sind. Abschließend skizzieren wir einen strategischen Zeithorizont möglicher Interventionspfade.

(1) Handlungsfeld der Politik

Die Politik steht im Zentrum der Koordination der Klimawende – als normsetzende, finanzierende und kommunikative Instanz. Ihre wichtigste Aufgabe besteht derzeit darin, regulatorische und institutionelle Stabilität wiederherzustellen, die durch klimapolitischen Rückbau, wachsenden sozialen Widerstand und geopolitische Krisen unter Druck geraten ist.

Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen: Politische Kontinuität ist entscheidend für Investitionssicherheit und gesellschaftliche Planbarkeit. Ein Festhalten an einmal eingeschlagenen Transformationspfaden – etwa dem Verbrenner-Aus, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der kommunalen Wärmeplanung – ist unabdingbar, um Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.

Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verknüpfen: Der wachsende anti-ökologische Backlash zeigt, dass Klimapolitik nur dann gesellschaftlich tragfähig ist, wenn sie sozial flankiert wird. Notwendig sind einkommensabhängige Rückvergütungen im Rahmen des EU-ETS 2 („Klimageld“), gezielte Entlastungen für Haushalte mit geringem Einkommen sowie Programme für strukturschwache Regionen. Anstelle individualisierender Ansätze für Verhaltensänderungen sollte die Politik strukturelle Rahmenbedingungen für nachhaltigen Konsum schaffen, etwa durch den Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur und die Regulierung klimaschädlicher Luxus- und Statuskonsumgüter.

Kommunale Handlungskapazitäten stärken: Kommunen bleiben die operative Ebene der Klimawende. Sie benötigen dauerhafte

Finanzierungsstrukturen, rechtliche Klarheit und den Ausbau von Fachpersonal. Klimaschutz sollte – analog zur Klimaanpassung – als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden, um Planungssicherheit und institutionelle Verstetigung zu gewährleisten.

Europäische und internationale Verantwortung übernehmen: Angesichts des US-Rückzugs aus dem (Klima-)Multilateralismus sowie wachsender geopolitischer Spannungen und Kriege sollte Deutschland eine aktive Rolle bei der Verteidigung des EU-Green-Deal und der Stärkung internationaler Klimafinanzierung einnehmen. Die COP30 in Belém eröffnet ein Fenster für neue Allianzen zwischen Nord und Süd – etwa im Bereich der Reform der globalen Entwicklungs- und Finanzarchitektur.

Demokratische und zivilgesellschaftliche Räume sichern: Eine aktive Zivilgesellschaft ist Partnerin der Transformation. Die Wahrung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit, der rechtliche Schutz gemeinnütziger Organisationen und der Erhalt des Verbandsklagerechts sind Grundbedingungen demokratischer Transformationsfähigkeit.

(2) Handlungsfeld der Wirtschaft

Im Handlungsfeld Wirtschaft ist eine strukturelle Vertiefung und soziale Ausweitung der Dekarbonisierung erforderlich.

Verbände als Transformationsakteure neu ausrichten: Unternehmen sollten ihre kollektive Interessenvertretung konsequent an den Zielen der Transformation ausrichten. Wirtschaftsverbände spielen eine Schlüsselrolle für politische Rahmensetzung und Diskursbildung – können aber auch Blockaden erzeugen, wenn sie auf Kostenentlastung und Standortrhetorik fixiert bleiben. Entscheidend ist, dass sich fortschrittsorientierte Unternehmen aktiv in ihre Verbände einbringen, um klimapolitische Positionen zu modernisieren, Transparenz über Lobbyarbeit herzustellen und Allianzen mit Politik und Zivilgesellschaft zu fördern. Eine solche „Verbands-wende“ würde die Diskrepanz zwischen öffentlicher Klimarhetorik und tatsächlicher Interessenpolitik verringern und das Vertrauen in die Wirtschaft als Partnerin der Klimawende stärken.

Nachhaltigkeitsberichterstattung sichern und vertiefen: Trotz der EU-Omnibus-Reformen sollten Unternehmen an umfassender Transparenz festhalten. Die Offenlegung von Scope-1- bis 3-Emissionen, die Entwicklung verbindlicher Transformationspläne und die Orientierung an Science-Based-Targets sind Voraussetzung für Glaubwürdigkeit gegenüber Politik, Finanzmärkten und Öffentlichkeit.

Sektorale Transformationspartnerschaften ausbauen: Branchenspezifische Kommissionen – analog zur Kohlekommission – können für besonders emissionsintensive Sektoren (z. B. Automobil, Chemie, Landwirtschaft) verbindliche Übergangsstrategien mit klaren Pfaden, sozialen Kompensationen und Überprüfungsmechanismen entwickeln.

Globale Lieferketten und Klimagerechtigkeit adressieren: Unternehmen sollten sich aktiv an internationalen Initiativen zur Rückverfolgbarkeit kritischer Rohstoffe, zu fairen Arbeits- und Umweltstandards und zu transformativer Handels- und Finanzpolitik beteiligen – etwa im Rahmen der brasilianischen COP30-Initiative.

Investitionslücken schließen: Besonders kleine und mittlere Unternehmen benötigen gezielte Förderinstrumente, Kreditgarantien und Beratungsprogramme, um Dekarbonisierungsinvestitionen zu realisieren. Die Politik sollte diese flankieren, damit die Transformation nicht zu einem Großunternehmensprivileg wird.

(3) Handlungsfeld der Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen bleiben eine zentrale Triebfeder und ein wichtiges Korrektiv der Klimawende. Angesichts wachsender Repressionen und Polarisierungen stehen sie jedoch unter Druck. Zudem scheinen die klassischen Strategien des „Awareness Raising“ und der Massenmobilisierung nicht mehr ausreichend, um konkrete Umsetzungskonflikte zu gewinnen.

Handlungsräume verteidigen und ausbauen: Die Bundesregierung sollte das Recht auf Protest und Gemeinnützigkeit schützen; zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Angriffe auf demokratische Freiheiten öffentlich sichtbar machen und sich strategisch vernetzen.

Allianzen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kommunen vertiefen: Eine soziale Klimabewegung, die ökologische und soziale Fragen gemeinsam adressiert – etwa in Bündnissen wie #wirfahrezusammen –, kann Resonanzräume über die progressive Kernklientel hinaus öffnen und gesellschaftliche Mehrheiten für Klimapolitik stärken.

Kapazität für Klimaklagen ausbauen: NGOs und Bewegungsakteure sollten juristische Instrumente weiterhin gezielt nutzen, um Umsetzungsdefizite einzuklagen, Transparenz zu schaffen und politische Aufmerksamkeit zu erzeugen. Der Ausbau von Rechtshilfenetzen, Finanzierungsstrukturen und internationaler Kooperation ist dafür zentral.

Neue Narrative und Kommunikationsformen entwickeln: Die derzeitige strategische Neuausrichtung vieler Klimaakteur*innen bietet die Chance, Klimaschutz stärker mit Themen wie sozialer Sicherheit, Gesundheit, Arbeitsplätzen und Demokratie zu verknüpfen. Angesichts des anti-ökologischen Backlashs braucht es eine bewusste Neu-Rahmung der Klimafrage – weg von Moral und Verzicht, hin zu Lebensqualität, Gemeinwohl, Sicherheit und Demokratie.

Lokale Beteiligung und Bürgerenergie stärken: Bürger*innenbeteiligung an Energieprojekten, partizipative Wärmeplanung und regionale Klimaräte schaffen konkrete Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Trägerschaft und Resonanz.

Strategischer Ausblick

Die kommenden Jahre werden voraussichtlich von einer Phase *politischer Verteidigung und Konsolidierung* geprägt sein: Vorrangig wird es darum gehen, bestehende Ziele, Gesetze und Institutionen gegen Rückbauversuche zu schützen. Gleichzeitig sollten bereits jetzt *gesellschaftliche Allianzen* aufgebaut werden, die mittelfristig in der Lage sind, neue Impulse zu setzen – etwa rund um kommunale Infrastruktur- und Wärmewenden, um neue strategische Klageformen vorzubereiten, oder um Bündnisse zwischen Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und sozialen Bewegungen zu knüpfen.

Außerdem gilt es, *Möglichkeitsfenster* frühzeitig zu erkennen und strategisch vorzubereiten – etwa im Zuge künftiger Auseinandersetzungen um klimabedingte Extremereignisse oder um ein Verfehlen nationaler Klimaziele. Solche Momente können genutzt werden, um die klimapolitische Handlungsfähigkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und langfristig auf eine Verschiebung der Plausibilität der Klimawende hinzuarbeiten.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff, Lea Frerichs